

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwelckschen Verlage. (Hallischer Courier.)

Insertionsgebühren
für die häufigste
Zeile oder deren Raum
pro Halle u. Umgegend
Werbung nur 15 Pf.
sonst 18 Pf.
Reclamen am Schluß
des redactionellen Theils
pro Seite 40 Pf.

Nummer 9.

Dalle, Mittwoch, 12. Januar 1887.

179. Jahrgang.

(Ausgegeben am 11. Januar Vormittags.)

Zur ersten Ausgabe gehört als Beilage
der illustrierte Roman von Ottomar Beta „Im Welt-
brande“ S. 41-44.

Halle, 11. Januar.

Politische Mittheilungen.

* Aus dem Reichstage. Berlin, 10. Januar. Die heutige Sitzung des Reichstags war sehr kurz, und doch wurde die Tagesordnung vollständig erledigt. Das Plenum stimmte zweien Anträgen seiner Geschäftsordnungscommission, die übrigens ohne besonderes Interesse, ohne eigentliche Debatte zu und gerühmte dann in zweier Beratung den Etat des Reichs-Schatzamt, wie er von der Budgetcommission beantragt war, unverändert und ohne jede Discussion. (Siehe ausführlicheren Bericht weiter unten. Eine Beilage geben wir diesmal nicht. Neb.) In der morgen 12 Uhr beginnenden Sitzung kommt die Militärvorlage in zweier Beratung zur Verhandlung, deren Ausgang selbstredend mit allgemeiner Spannung erwartet wird.

* Die Aussichten des Militärgesetzes gestalten sich nimmermehr allem Anschein nach so, daß das Centrum und die „Freisinnigen“ in der zweiten Lesung nach Ablehnung ihrer aus den Commissionsberatungen wieder aufgenommenen Prinzipalstränge gemeinsam für die Bewilligung der Regierungsvorlagen auf drei Jahre stimmen werden. Die beiden genannten Fraktionen verfügen jedoch nicht über die Mehrheit. Die Frage ist also, ob sie von anderer Seite noch den nöthigen Zuzug erhalten werden. Von den größeren Gruppen, den Sozialdemokraten, den Polen und den Geschäftsträgern, ist das nicht zu erwarten, der einzige Abg. Born von Balau wird für die Bewilligung auf drei Jahre stimmen. Außer ihm ist höchstens noch auf eine oder zwei Stimmen aus der Volkspartei zu rechnen. Danach wären es die Freunde des Prinzernats — beim Centrum die westlichen Repräsentanten mit eingeschlossen — auf höchstens 172 Stimmen bringen, denen eine Majorität von 225 vereinigten Stimmen gegenüberstehen würde. Sollte trotzdem das Centrum zur Annahme gezwungen werden, so wäre es nur von einem Weg, daß von den Vereinigten mindestens 54 einfach vertheilte Stimmen, die Bestimmungen der beiden vereinigten Parteien für zwei auch in der That darauf gerichtete, dies Ziel zu erreichen. Das ist möglich ist, steht fest dahin. Von den Geschäftsträgern sind mehrere entschlossen, ausdrücklich gegen Alles zu stimmen, ebenso ist es wohl auch für die Sozialdemokraten unmöglich, sich bei der wichtigsten Abstimmung der Session schiedslos zu verhalten. Unter diesen Umständen ist die Ablehnung des Prinzernats sehr leicht möglich, und es wird sich dann fragen, ob nicht doch noch eine neue Anzahl von der Opposition abspalten wird, um das Centrum zur Annahme zu bringen. Trotz aller Hoffnungen erscheint diese Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen. Kommt es aber zu gar keinem positiven Beschlusse betreffs der Vorlesung, so betrachtet man es heute als nicht unwahrscheinlich, daß der Reichstag ab dann sofort nach der zweiten Lesung aufgelöst werde.

* Der Kaiser nahm Montag Vormittag den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen von Pöppel entgegen, arbeitete darauf längere Zeit mit dem Chef des Civilcabinetts und hatte Nachmittag 4 Uhr eine Konferenz mit dem aus Friedrichsruhe in Berlin eingetroffenen Reichskanzler Fürsten Bismarck.

* Unter Vorhild des Reichskanzlers Fürsten Bismarck fand vorgestern Nachmittag eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums statt; heute Nachmittag 3 Uhr trat dasselbe abermals zu einer Sitzung zusammen.

* Die verstorbene Prinzessin Marie von Württemberg hat dem Prinzen Wilhelm von Württemberg ihr Palais sammt einer Million Mark, der Prinzessin Charlotte einen sehr werthvollen Schmuck, ein Erbtheil der Königin Katharina, ferner der Familie des Prinzen von Weimar etwa 300,000 Mark, nebst einem zweiten Schmuck und dem Herzog Albrecht von Oldenburg 2 Millionen Mark vermacht. Verschiedene wohlthätige Anstalten wurden mit zusammen 1,200,000 Mark bedacht.

* Aus Bombay wird am 10. Januar gemeldet: Prinz Friedrich Leopold ist in Benares eingetroffen, wo er sich als Gatt des Maharadsja einige Zeit aufhalten wird.

* Ministerpräsident v. Mittnacht ist am 10. von Stuttgart nach Berlin abgereist, um an den Verhandlungen des Bundesrats theilzunehmen.

* Es wird allgemein als sicher angenommen, der Reichstanzler werde heute, den 11., in Reichstage treten und für die Militärvorlage sprechen. Wir versagen es uns, auf die vielerlei Combinationen, die heute veröffentlicht wurden, angelegentlich der so nahe bevorstehenden Entscheidung näher einzugehen. Erwähnen wollen wir nur, daß die Bemühungen des Herrn Wittich, für den Centrumsantrag sich eine Majorität unter allen Umständen zu sichern — wenn die Hilstruppen der Opposition: Polen, Welfen, Sozialdemokraten, Franzosen und süddeutsche Demokraten nicht abkommandirt werden, hat auch Wittich fortgesetzt werden. Es scheint sicher, daß die Freisinnigen sich erst ihren Antrag ablehnen lassen, —

und dann für den Centrumsantrag stimmen werden; sie wollen so wenigstens den Versuch machen, ihre Wähler über ihre vollständige Abhängigkeit vom Centrum im Unklaren zu lassen. Die Parlaments-Wunderlichkeiten haben sich selten so naht gezeigt.

Dem Reichstage ist von dem Abg. Reichensperger und Abg. von Weermann folgende Abänderungsvorlage am 6. Mai 1880, betreffend Ergänzungen und Änderungen des Reichsmilitärgesetzes vom 2. März 1874 (Reichs-Ges.-Bl. 1880 S. 109) und als zweites Stück einseitig: „Diejenigen Wehrpflichtigen, welche sich dem Studium der Theologie einer mit Corporationsrechten innerhalb des Gebietes des deutschen Reichs bestehenden Kirche oder Religionsgesellschaft widmen, werden während der Dauer dieses Studiums bis zum 1. April des Kalenderjahres, in welchem sie das 26. Lebensjahr vollenden, von der Einweihung in den Militärdienst vorläufig zurückgestellt. Haben dieselben bis zu der vorbereiteten Zeit auf Grund besondrer Verfügung die Aufnahme unter die Zahl der zum geistlichen Amte berechtigten Candidaten erlangt, deshalbweise die Subscriptionsbeweise empfangen, so sind sie gänzlich von der Militärdienstpflicht befreit.“

Die Commission zur Vorbereitung der Grundzüge für ein einheitliches Wehrungssystem für die deutschen Rürten hat gestern ihre Beratungen beendet. Sie ist überall zu einmüthigen Beschlüssen gelangt; diese haben auch in allen Punkten die Zustimmung der an den Verhandlungen theilnehmenden Vertreter der Reichlichen Admiralität gefunden. Man darf nimmermehr erwarten, daß in naher Zeit die Beschlüsse der Commission veröffentlicht werden, wenn nicht im Wege der Reichsgesetzgebung, sondern durch bundesfreundliche Veröffentlichung unter den vertheilten Bundesstaaten erwidelt werden. Es dürfte dieser Fall dabei wiederum ein Beispiel dafür liefern, wie viel weiter man häufig in Bezug auf die Förderung der materiellen Einheit durch das bundesfreundliche Entgegenkommen der Bundesstaaten, als durch ein formales Eingreifen des Reichs gelangt.

* Eine vom liberalen Verein zu Nachen auf den 9. einberufene Versammlung sandte folgendes Telegramm an den Reichstag:

Die von dem reichstruen liberalen Verein zu Nachen auf heute einberufene Versammlung äußert in Folge einer einmüthig gefaßten Resolution die zuverläßliche Hoffnung, daß es dem hohen Reichstage gefallen wolle, der Militärvorlage der verbundenen Regierungen ohne Abänderung und Bergang seine Zustimmung zu ertheilen.

* In Betreffung unserer Mittheilung über das angebliche Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden wegen etwaiger sozialistischer Umtriebe, so schreiben die „Berl. Polit. Nachr.“, können wir auf das Bestimmteste erklären, daß die Nachricht von diesem Abkommen, insofern sie nicht etwa mit unaufräumen, in Belgien und Frankreich verfaßten Börsenspekulationen in Zusammenhang zu bringen ist, auf einer missverständlichen Auffassung einer Erklärung beruht, welche der luxemburgische General-Direktor der Justiz, Dr. Eschgen, abgegeben hatte. Derselbe war gelegentlich der Budgetdebatte in der luxemburgischen Kammer darüber interpellirt worden, ob bei Umtrieben innerhalb der Arbeiterbevölkerung genügende Sicherheitsmaßregeln im Lande vorhanden seien, um etwaigen Störungen der öffentlichen Ordnung entgegenzutreten. Der Minister gab hierüber eine durchaus beruhigende Erklärung und bemerkte, daß einerseits gefährliche Personen, von denen man Abwendung von Umtrieben befürchten konnte, im Lande selbst überwacht würden, und daß sich andererseits die Grenzbehörden mit den gleichen Beförderung der angrenzenden Staaten zu dem gleichen Zwecke verständigt hätten, so daß gewisse gefährliche Subjekte im Interesse der gemeinsamen Sicherheit auf beiden Seiten der Grenze beaufsichtigt würden. Von einem internationalen Abkommen war dabei auch nicht die geringste Andeutung gefallen. Die von dem Minister Dr. Eschgen bezeichneten Maßregeln fallen unter den Gesichtspunkt rein thätigkeitsmäßiger Verbindung der Grenzbehörden, wie sie beispielsweise sehr häufig auf dem Gebiete der Sicherheitspolizei, der Majorität gegen den Schmuggel etc. getroffen werden, so daß nicht einmal die Grenzbehörden der betreffenden Staaten um derlei Verbindungen ihrer unteren Organe sich kümmern.

* Der Verein der deutschen Kammgarncr Spinner, einer der wichtigsten industriellen Vereinigungen Deutschlands, ist dem Centralverbande deutscher Industrieller, dem er in früheren Jahren bereits angehört hatte, wiederum als Mitglied beigetreten. Dadurch sind nimmermehr auch Branchen der Wollindustrie im Centralverbande vertreten.

* Nachdem die Gesellschafter der Versicherungsvereine genehmigt worden sind, sind nimmermehr die Versicherungsvereine von dem Reichsoberverwaltungsamt angefordert worden, daß in § 2 Absatz 5 des Unfallversicherungsgesetzes vorgesehene Unfallversicherungszustände vorzubereiten. Das Verzeihen soll außer der Zahl der in Aussicht zu ziehenden Unfälle auch die Belastung für die Versicherung, welche der Gesellschaft aus den Unfällen je nach ihrem hohen vorübergehenden Erwerbsfähigkeit, Todesfall, theilweise Invalidität, gänzliche Invalidität erwächst. Besondere Beachtung legt das Reichsoberverwaltungsamt auf die Förderung der Zwecke der Unfallversicherung durch eine geeignete statistische Darstellung der verschiedenen Versicherungsvereine, die eine Veränderung des Unfallmaterials der Versicherungsvereine seitens des Reichsoberverwaltungsamtes. Zur Erreichung dieses Zweckes bieten sich zwei Wege, einmal die Einleitung einer Bearbeitung der Unfallfälle seitens der Versicherungsvereine, an welchen ein gemeinsames Verzeichniß über die Veränderung des Unfallmaterials der Versicherungsvereine seitens des Reichsoberverwaltungsamtes. Zur Gewinnung eines Uebersichtswerkes, welches von beiden Wegen vorzuziehen ist hat das Reichsoberverwaltungsamt die Versicherungsvereine angefordert, die von ihnen angefertigten

Schemata für die Unfallstatistik im Hinblick auf die Zwecke der Unfallversicherung mitzuteilen, und denselben den Entwurf einer für den zweiten Absatz der Statistik nöthigen Unfallstatistik zur gütlichen Aushandlung überlassen. Im Falle einer Bearbeitung des Unfallmaterials durch die Gesellschaften würde eine Klarstellung derjenigen Unfälle, ihrer Ursachen und demnach der betreffenden Maßnahmen zu ihrer Verhütung anzugeben werden können, welche für alle Versicherungsvereine mehr oder weniger gemeinsam sind, z. B. der Unfälle an Dampfmaschinen und den einzelnen Theilen derselben, an Gasmotoren, Maschinen und elektrischen Motoren, an Erbsenmaschinen, an Füllmaschinen und Aufzügen, an den verbreiteten Arbeitsmaschinen, bei den handwärtlichen Arbeitsleistungen etc.

* Die deutsch-russischen Beziehungen. Das russische Organ „de Korb“ erklärte in Uebereinstimmung mit unserer früheren Meldung, daß in den letzten Wochen eine intimere Annäherung zwischen Deutschland und Rußland stattfand, welche jede Kriegsgefahr beseitige.

* Das Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller tritt voraussichtlich am 29. d. M. hier in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Die nächste Versammlung dürfte dagegen erst im Laufe des Februar oder März stattfinden.

* Die Konservativen in Württemberg haben 192 Petitionen mit ca. 37,000 Unterschriften zu Gunsten der Militärvorlage an den Reichstag abgeleitet. Die deutsch-freimüthige Partei beschäftigt nimmermehr doch mit ihrem Reichseinfluß in öffentlichen Angelegenheiten in den Grundzügen herzutreten. Es soll, wie man hört, vorgeschlagen werden, alle Einkommen je gleicher Art über 6000 Mark herabzusetzen und zwar nach einer Klassenabstufung von 1/2 pCt. in der untersten Stufe aufsteigend. Die Zahl der zu ergebenden Monatsraten wird durch den Etat festgelegt.

* Bulgarisches. Die Pariser Zeitungen sprechen sich über die Antwort des Ministers Rouvens an die Mitglieder der bulgarischen Deputation befriedigt aus.

Das „Journal des Debats“ meint: Das bulgarische Volk genügte in seiner Liebe den Anschein eines unterdrückten Volkes, dahinter ist unabhängig, daß es sogar formelle Berichtigungen habe verlegen dürfen, wie dies durch die Rücklieferung des an die Türkei zu entrichtenden Tributs sowie durch die Erhaltung der Festungen an der Donau geschehen ist. Es habe dem bulgarischen Volk beliebt, die griechischen in Armenien zu führen, den Berliner Vertrag zu zerstören und Rumelien zu annektieren. Auch jetzt noch höre es nicht auf, dem Willen Europas sich zu widersetzen, indem es Bulgarien als einen freien Handelsstaat behandle. Die bulgarische Regierung sei nur eine revolutionäre; die bulgarische Demokratie sei in die Hände einiger Emporkömmlinge und Günstlinge gefallen. Die Bulgaren seien unfähig, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen, und selbst wenn sie es vermöchten, so seien sie doch nicht in der Lage dazu. Dem Rußland, dem die Bulgaren ihre Befreiung verdanken, habe ein Recht, eine Art Vormundschaft über sie auszuüben und eben so die Türkei, deren Ballen sie seien, berechtigt, bei den Anlässen Bulgariens zu interveniren. Da zwischen Rußland und der Türkei ein Vernehmen besteht, so ist nicht abzusehen, mit welchem Grunde andere Staaten sich herbeilassen, in Sofia erdickte aus Diktatoren und Störenfriedern bestehende Regierung zu unterstützen und zu halten.

So spricht eben das „Journal“. Das ist die geäußerte Meinung der Regierung einer Nation, welche selbst die Revolution förmlich aktivirt hat. Der Zar selbst kann nicht zureichend von seinem Rechte denken. Wohin ist Europa gekommen, da Franzosen und Russen das Recht der Völker? zu bestimmen in der Lage sind? Die bulgarische Regentenschaft erklärt, nach dem „kirchlichen Bureau“, offiziell, sie denke nicht daran, zu demissioniren, sie werde sich vielmehr vor erfüllter Mission nicht zurückziehen.

Rürkische Kreise wollen dem Kaiser Wilhelm die Fürstenthum übertragen. (?)

* Oesterreich. Die deutschen Arbeiterblätter predigen ihren Lesern, den Beirathungen von dem deutschen nationalen Högern inspirirten deutschen Presse nicht auf den Leim zu gehen und die Klagen der Deutschen Oesterreichs nicht ernst zu nehmen. Der Sprachstreit in Oesterreich sei nur ein Machtwort, die Bourgeoisie und Bureaucratie allein angehe. — Gewiß ist der Sprachstreit eine Macht- und Lebensfrage für die Deutschen Oesterreichs, das hat niemand von ihnen geleugnet. Daß in dieser Machtfrage aber die deutschen Arbeiter, insbesondere auch die deutschen Arbeiter Oesterreichs, sich selbst an Herz hin verleben, während die tüchtigen Arbeiter, selbst die sozialistischen, niemals ihrer Nation entfremdet werden und sich ihr opferwillig erweisen, ist zu beklagen. Wenn sie schon wenig nationales Empfinden bekunden, sollten die deutschen Arbeiter das eine nicht verfehlen, daß mit dem Sprachstreit in Oesterreich nicht allein eine Machtfrage zwischen Deutschen und Slaven, sondern auch eine Kulturfrage von großer allgemeiner Bedeutung ausgefochten wird. Die Arbeiterblätter gehen insofern zu, daß es sich um eine Verdrängung der Deutschen aus ihren Hauptpositionen handle; halten sie es denn für selbstverständlich, wenn sie beispielsweise dort, wo deutscher Reichthum verbrängt wurde, sich der panislawische Russenarbeit breiten müßte?

Niederlande und Belgien. Das Strafvertheil, durch welches der Sozialistenführer Domela Nieuwenhuis wegen Verleumdung des Königs zu einjähriger Haft verurtheilt wurde, ist vom Kassationshofe bestätigt worden.

